

„Lebensschützer:innen“

Zur Kriminalisierung und der schlechten Versorgungslage kommt das gesellschaftliche Stigma, mit dem Abbrüche belegt sind. Die Abtreibungsgegner:innen haben unterschiedliche Motive: Von ihrer eigenen religiösen Überzeugung bis hin zu blankem Frauenhass und rassistischen Verschwörungen über Geburtenrückgang und Umvolkung. Sie alle eint ein unterdrückerisches Frauenbild.

Unter dem Vorwand von „Lebensschutz“ fordern sie die vollständige Kontrolle über Menschen, die schwanger werden könnten. Besonders ausgeprägt war diese Unterdrückung zur Zeit des Hit-

ler-Faschismus, der dem §218 nämlich einen weiteren zur Seite stellte: Laut §219 sind sogar Informationen von Ärzt:innen zu Abbrüchen strafbar und werden ihnen als Werbung zur Last gelegt. Der Fall der Ärztin Kristina Hänel, die über verschiedenen Möglichkeiten des Abbruchs auf ihrer Webseite aufklärt, wurde populär. Sie wehrt sich seit Jahren gegen verhängte Strafen und kämpft dafür, Patient:innen aufklären zu dürfen, wie es auch bei jedem anderen medizinischen Eingriff gängig ist.

150 Jahre Widerstand

So lange die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung derart eingeschränkt wird, so lange gibt

es auch schon Widerstand dagegen. Die Kommunistin und Künstlerin Käthe Kollwitz zeichnete für die KPD im Jahre 1923 eine hungrige Mutter mit zwei Kindern und brachte damit das Leid vieler Schwangerer ihrer Generation zum Ausdruck: Sie hatten keine Möglichkeit, Kinder zu versorgen, waren aber gezwungen, sie zu gebären.

Die Gründe, aus denen Schwangere sich heute entscheiden, kein Kind zu bekommen, sind vielleicht andere. Manchmal sind es auch genau dieselben Gründe. Wichtig ist vor allem eins: ganz egal welcher Grund, ganz egal wo, ganz egal wer – ein kostenfreier, sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch ist Grundversorgung und muss raus aus dem Strafgesetzbuch!

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Bild 1-2: Eigene Bilder
Bild 3: Grüne Bundestagsfraktion via flickr.com - CC0.2
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

50 x Perspektive – Vier Jahre unabhängiger Journalismus

– Von Redaktion –

Diese Zeitung ist ein Versuch „der profitorientierten Presse etwas eigenes entgegen zu setzen. Im Internet und in einer monatlich gedruckten Ausgabe soll objektiv über die Ereignisse in Deutschland und der Welt berichtet werden. Die Themen und Probleme der Arbeiter:innen und Ausgebeuteten sollen hier ihren Platz finden. Gleichzeitig sollen die Ereignisse in einen größeren Zusammenhang gestellt und von einem sozialistischen Standpunkt aus kritisiert und bewertet werden. Dieses Projekt soll von der Mitarbeit der LeserInnen leben und mit ihrer Hilfe wachsen.“

Mit diesen Worten leitete die Perspektive-Redaktion die Arbeit an dieser Zeitung vor gut vier Jahren ein. Nach 50 gedruckten Ausgaben, mit insgesamt 250.000 Exemplaren, die in einem Dutzend Städten Deutschlands verteilt wurden ist es Zeit für einen Rückblick.

Unsere Erfolge

Vier Jahre hat das Perspektive Online-Projekt nun bereits bestanden. Die Leser:innenschaft konnte dabei kontinuierlich ausgebaut werden. Die messbare Hauptleser:innenschaft entfällt dabei nach wie vor auf den Online-Teil, der für ein Projekt, das sich auf die

Fahnen geschrieben hat unabhängig von großen Medienmonopolen zu agieren, naturgemäß leichter zu stemmen ist.

Die Zahl der Zugriffe auf die Seite www.perspektive-online.net hat sich dabei von 203.000 (2018), über 407.000 (2019) auf 1,15 Millionen im Jahr 2020 erhöht. Die monatlich erscheinende Druckausgabe jeweils mit einer Auflage von 5.000 wurde in diesem Zeitraum von Aktivist:innen und Unterstützer:innen des Projekts in einem Dutzend Städten verteilt, sie dient vor allem dazu, neue Leser:innen auf die Arbeit von Perspektive aufmerksam zu machen.



Eine Lücke in der Medienlandschaft: Kritik von einem Klassenstandpunkt aus

Gerade das letzte Jahr seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie notwendig unabhängige Medien sind die nicht von den großen Konzernen abhängig sind. Während viele Formen des Zusammenlebens gestört oder stark eingeschränkt waren, konnte Perspektive weiter das politische Geschehen in Deutschland zusammenfassen und bewerten.

Dabei füllte Perspektive gemeinsam mit den Kolleg:innen in einigen wenigen anderen kleinen News-Portalen und Online-Zeitungen eine wichtige Lücke in der Medienlandschaft. Während sich die meisten der „großen“ Medien

darauf verlegten, Meldungen zu Corona-Verlauf und Toten täglich aufzubereiten, jedoch überaus selten offen Kritik an der sozial ungerechten und arbeiter:innenfeindlichen Pandemiopolitik übten, war Kritik viel zu oft leider nur aus einer wissenschaftsfeindlichen oder gar offen faschistischen Perspektive zu hören.

Perspektiven für Perspektive

Für die kommenden Jahre nehmen wir uns als Perspektive-Team vor allem vor, das Potential dieser Zeitung weiter auszuschöpfen. Perspektive ist eine Zeitung von der Arbeiter:innenklasse für die Arbeiter:innenklasse, ihre Existenz ist nur möglich weil es rund 30 Vereinsmitglieder mit ihren monatlichen Beiträgen und einige

andere Unterstützer:innen mit regelmäßigen oder einmaligen Spenden gibt.

Aber Perspektive lebt noch mehr von der Mitwirkung ihrer Unterstützer:innen und Leser:innen. Ob ihr Perspektive in eurer Umgebung selbst verteilen wollt und so weitere Leser:innen für unser Projekt gewinnen wollt oder ob ihr selbst als Autor:innen Teil der Arbeit unseres kleinen ehrenamtlichen Teams werden wollt, jede Mitarbeit ist willkommen und notwendig! Nur so kann unser Projekt auf Dauer bestehen und in Zukunft noch weiter wachsen. Nur so können wir Qualität und Umfang unserer Arbeit weiter steigern und zu einer wirklichen Alternative zu den kapitalistischen Medienmonopolen werden.

Oft ist uns in den letzten Jahren bewusst geworden, dass es viele kleine und größere Skandale in dieser Gesellschaft gibt, über die es zu berichten gilt, die aber von den kommerziellen Medien als „normal“ und nicht erwähnenswert betrachtet werden: Seien es Entlassungen von Arbeiter:innen in der Krise, die alltägliche Schikane im Jobcenter, die um sich greifende Wohnungsnot oder patriarchale Gewalt überall in der Gesellschaft.

Wir möchten diese Zeilen nutzen, um alle Leser:innen herzlich einzuladen, mit Themenvorschlägen an uns heranzutreten, auch wenn ihr selbst aus eurem Leben, aus euren täglichen Kämpfen und Problemen im Kapitalismus berichten wollt, steht euch Perspektive offen. Nur so können wir gemeinsam vier erfolgreiche Jahre auf die ersten vier folgen lassen.

Gemeinsam und solidarisch mit

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

durch die Krise!

Unterstützt unabhängigen Journalismus!

Perspektive finanziell unterstützen:

<https://perspektive-online.net/spenden>

Perspektive abonnieren und verteilen:

<https://perspektive-online.net/abo>

150 Jahre kriminalisierte Selbstbestimmung – Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!

– Von Olga Wolf –

Medizinische Versorgung Mist nicht strafbar – oder doch? Seit dem Jahr 1871, also seit genau 150 Jahren, steht der Schwangerschaftsabbruch im deutschen Strafgesetzbuch. Ebenso lang gibt es Widerstand dagegen und für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung.

„Ob Kinder oder keine, das entscheiden wir alleine!“, so lautet eine berechtigte Forderung, die in Deutschland nun schon seit mehr als 100 Jahren laut ist. Denn für Menschen, die schwanger werden können, gibt es Momente im Leben, an denen der Staat ihnen die Selbstbestimmung über den eigenen Körper nimmt.

Am 18. Mai 1871 wurden Bestimmungen zu Schwangerschaftsabbrüchen, auch Abtreibun-

gen genannt, in das Reichsstrafgesetzbuch aufgenommen. Noch immer ist es eine Straftat, wenn Schwangere sich dafür entscheiden, eine Schwangerschaft abbrechen. Das regelt der §218 des Strafgesetzbuchs.

Straffrei, aber nie legal

Es gibt in Deutschland eine Fristenlösung, das heißt: Unter einigen Umständen bleibt die Straftat straffrei und ist bis zur zwölften Woche der Schwangerschaft möglich. Die Hürden dafür sind hoch, zum Beispiel sind mehrere Beratungsgespräche erforderlich. In Ballungszentren haben Schwangere häufig die Wahl, wo sie sich beraten lassen. Gerade in ländlichen

Regionen sind Beratungsstellen jedoch rar gesät und beraten nicht immer im besten Interesse der Schwangeren, sondern mit einer eigenen Agenda: Häufig sind es christliche Träger, die im Auftrag arbeiten, „ungeborenes Leben“ zu schützen.

Die Folgen der Kriminalisierung sind dramatisch. Die Zahl der Stellen, die Abbrüche anbieten, ist seit 2003 um 45 Prozent gesunken – deutschlandweit gibt es nun noch rund 1.130 Anlaufstellen. Da der Abbruch nicht im Medizinstudium gelehrt wird, müssen werdende Gynäkolog:innen sich selbst Wissen dazu aneignen – es mangelt an fähigem Ärzt:innennachwuchs und viele Ärzt:innen bieten Abbrüche bis weit über das Rentenalter hinaus an, weil die Not so groß ist.

